



Niederschrift

31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.09.2017
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:01 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Nico Marquardt	SPD	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	ab 16:40 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:55 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Katja Altenburg	anerkannte freie Träger	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	bis 18:00 Uhr
Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	bis 18:00 Uhr
Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam	bis 18:00 Uhr
Frau Sylvia Frenzel	Kreiselterrat	
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	
Frau Lisa Kabitzke	Jugendvertretung	
Frau Wiebke Kahl	Kita-Elternbeirat	
Herr Steffen Müller	Stadtsporthund	
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3	
--------------------	--------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	entschuldigt
Frau Jasmin Gründer	Kreisschülerrat	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Doreen Ließ	Agentur für Arbeit Potsdam	entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Büro f. Chancengleichh./ Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Thomas Brincker	Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam
Frau Ike Borg	Paragraph 13 e.V.
Herr Dieter Lehmann	FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Herr Jörg Bindheim	FB Soziales und Gesundheit
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.06.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Kooperationsvereinbarung Jugendberufsagentur Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0538
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 4 Standortprüfung Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld
Vorlage: 17/SVV/0577
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Informationen des Jugendamtes
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 7 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates

- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Erstellung einer integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2019 bis 2025
Vorlage: 17/SVV/0530
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 8.2 Agenda 2030 - Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0592
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 8.3 Bericht über die bewilligten Projekte im Rahmen des PLuS-Programms
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.06.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift vom 29.06.2017 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

Herr Kolesnyk kündigt an, dass im Rahmen der Informationen der Verwaltung auch zu Kiez-Kitas und zum Kita-Gutachten berichtet wird.

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6.1 „Kooperationsvereinbarung Jugendberufsagentur Potsdam“ (Vorlage 17/SVV/0538) und 7.2 „Standortprüfung Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld“ (Vorlage 17/SVV/0577) vorzuziehen und vor dem TOP „Informationen des Jugendamtes“ zu behandeln, da zu beiden Punkten Gäste anwesend sind.

Des Weiteren teilt Herr Kolesnyk mit, dass es einen Antrag auf Rederecht für Frau Ike Borg zum TOP 7.2 gibt. Er bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Frau Borg.

Der Erteilung des Rederechts wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Kooperationsvereinbarung Jugendberufsagentur Potsdam**

Vorlage: 17/SVV/0538

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Kolesnyk informiert, dass sich der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion bereits mit der Drucksache befasst und diese einstimmig zum Beschluss empfohlen hat.

Herr Tölke bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Er erklärt, dass die Jugendberufsagenturen jungen Menschen einen leichten und übersichtlichen Zugang zu den Beratungs- und Unterstützungsangeboten der Kooperationspartner bieten. Hierfür ist eine enge räumliche Zusammenarbeit sinnvoll. Durch die aufeinander abgestimmte Arbeit der Kooperationspartner können die Unterstützungsangebote für die Jugendlichen optimiert werden.

Herr Tölke teilt mit, dass die Jugendberufsagentur im Horstweg verortet werden soll. Dort wird auch ein Regionalteam des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie sitzen.

Herr Brincker (Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam) ergänzt, dass damit Wege für die Jugendlichen verkürzt und vereinfacht werden sollen.

Es wird eine intensive Zusammenarbeit geben, um die Prozesse zu optimieren und die Jugendlichen noch besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Herr Otto fragt, ob die Finanzierung gesichert ist. Laut vorliegender Beschlussvorlage ist die Finanzierung teilweise gesichert.

Herr Tölke erklärt, dass die Finanzierung gesichert ist. Die Stelle befindet sich derzeit im Ausschreibungsverfahren.

Frau Kabitzke fragt, wie viele Mitarbeiter arbeiten in der Jugendberufsagentur arbeiten und wie viele Jugendliche sich dort täglich beraten lassen können.

Herr Brincker erklärt, dass es mit der Jugendberufsagentur keine weiteren Angebote gibt. Es erfolgt eine Bündelung der Angebote, um die Zeiten können verkürzt werden. Er betont, dass die Jugendlichen auch bisher bereits zur Beratung kommen können.

Herr Kulke fragt, ob das Angebot für die gesamte Landeshauptstadt Potsdam gilt.

Herr Tölke erklärt, dass das Regionalteam vor Ort für die Region tätig ist. Egehende Probleme von Jugendlichen, die nicht in der Region leben, werden weitergeleitet.

Herr Liebe fragt, ob und wann es einen Sachstandsbericht geben wird.

Herr Brincker erklärt, dass nach einem halben Bericht erstattet werden kann. Die Berichterstattung zur Jugendberufsagentur könne aber auch in den jeweiligen Jahresbericht des Jobcenters aufgenommen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Kolesnyk die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Zwischen den beteiligten Kooperationspartnern der Jugendberufsagentur Potsdam ist eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4 Standortprüfung Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld

Vorlage: 17/SVV/0577

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Eingangs wird Frau Borg (Paragraph 13 e.V.) das Rederecht erteilt. Sie berichtet über die Aktivitäten zum Erhalt des Ribbeckecks und teilt dabei mit, dass eine Umfrage im Kiez durchgeführt wurde. Im Ergebnis der Umfrage wurde ein Flyer entwickelt, der an alle JHA-Mitglieder ausgereicht wird.

Sie berichtet, dass im Sommer 2017 ein Treffen mit einem Architekten stattgefunden hat. Es wurden dabei Ideen zur Standortsicherung des RibbeckEcks besprochen. Bei einer Komplettsanierung würde auch die Dachfläche zusätzlich als Nutzfläche zur Verfügung stehen. Damit kann eine Korrektur der Kostenschätzung pro Quadratmeter Nutzfläche von ca. 4.200 EUR auf ca. 2.700 EUR erfolgen.

Des Weiteren sollte die Möglichkeit der Nutzung von Förderprogrammen geprüft werden. Die ILB unterstützt mit dem Förderprogramm „RENplus“ energetisch wirksame Maßnahmen bei Denkmalschutz mit 27,5 % bis zu einer Gesamtfördersumme von 1 Mio. EUR.

Sie spricht die Möglichkeit der Jugendlichen an, sich beim Erhalt des Objektes in Form von aktiver Beteiligung einzubringen. Hier wäre auch eine Beteiligung der Fachhochschule sinnvoll. Als Beispiel für eine gelungene Kooperation des Kommunalen Immobilien Service mit der Fachhochschule Potsdam, benennt Frau Borg die Unterstützung des Humboldtgymsiums bei der Sicherung des Erhalts eines Gebäudes für und mit Schüler und Schüllerinnen.

Als Alternative oder ergänzend sollte aber auch ein Neubau auf dem Grundstück des RibbeckEcks geprüft werden. Der Vorteil hierbei wäre das bereits vorhandene Grundstück. Das RibbeckEck könnte weiter genutzt und etappenweise saniert werden. Somit würde das Interesse der Jugendlichen am Erhalt des RibbeckEcks ernst genommen werden. Die Jugendlichen könnten sich an den Sanierungsarbeiten beteiligen.

Das wäre ein gutes Beispiel von gelebter Partizipation.

Abschließend bedankt sich Frau Borg bei Herrn Schubert, der persönlich vor Ort war und Gespräche mit den Jugendlichen geführt hat. Sie bittet den Jugendhilfeausschuss um Unterstützung beim Erhalt des RibbeckEcks.

Herr Lehmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) stellt die Mitteilungsvorlage vor und gibt Erläuterungen dazu. Er macht dabei deutlich, dass es in der Vorlage um die Jugendfreizeiteinrichtungen geht, die anhand der Bevölkerungszahl durch den Entwicklungsträger zu errichten sind.

Er stellt anhand von Folien die beiden möglichen Standorte vor (siehe Anlage) und teilt mit, dass derzeit die Gespräche zur Klärung des Verfahrens laufen. Die Bau-Planung könne dann 2017/2018 erfolgen und ab 2019 könnte dann gebaut werden.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass die Fläche in der David-Gilly-Straße, auf der derzeit die Gemeinschaftsunterkunft steht, auch für eine Jugendfreizeiteinrichtung vorgesehen war.

Herr Schubert schlägt vor, das Arbeitsgremium sowie Vertreter des RibbeckEcks, Architekten und den Kommunalen Immobilien Service einzuladen und das im Sommer erarbeitete Vorgehen zu verifizieren. Danach sollte im Jugendhilfeausschuss berichtet werden.

Frau Dr. Müller spricht sich dafür aus, den Erhalt des RibbeckEcks auch weiterhin zu prüfen, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Bereitschaft der jungen Leute, diese Chance zu nutzen. Hier sollten alle Möglichkeiten erschlossen werden.

Herr Ströber bittet, den eingeschlagenen Weg in jedem Fall weiter zu gehen. Er schlägt vor, mit allen Beteiligten und Interessierten ein Konzept zu erstellen. Das wäre ein Projekt, in dem sich Jugendliche etwas bauen, wobei der Jugendhilfeausschuss unterstützen kann.

Auch Herr Otto schließt sich dem an.

Herr Liebe fragt, wer der Eigentümer des RibbeckEcks ist. Dies sollte unbedingt geklärt werden. Er fragt, welche Intentionen der Eigentümer bisher bekanntgegeben hat.

Herr Schubert sagt zu, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses dazu umfänglich zu berichten. Er berichtet, dass es Signale einer Seniorengruppe gibt, das Haus in den Vormittagsstunden nutzen zu wollen. Er verweist auch auf die Freiwillige Feuerwehr Bornstedt, die sich in direkter Nähe befindet. Hier könnte es Synergien geben, die genutzt werden sollten.

Frau Altenburg drückt ihren Respekt dafür aus, dass sich die Nutzer des RibbeckEcks so engagiert haben. Sie bittet den Jugendhilfeausschuss, dies ernsthaft weiter zu verfolgen.

Herr Kulke erinnert daran, dass er vor drei bis vier JHA-Sitzungen nach einer Kostenaufstellung gefragt hat.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Informationen des Jugendamtes

Frau Reisenweber informiert über den aktuellen Stand bezüglich der **unbegleiteten minderjährigen Ausländer**. Sie weist darauf hin, dass die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer rückläufig ist.

Herr Tölke ergänzt, dass derzeit monatlich ca. 1.000 der unbegleiteten minderjährigen Ausländer in die BRD einreisen. Dies sind 30 für das Land Brandenburg und in Folge dessen lediglich 2 für die Landeshauptstadt Potsdam. Herr Tölke informiert, dass es derzeit Überlegungen gibt, die obere Etage der Clearingstelle in der Breiten Straße für den Fluchtpunkt zu nutzen und im derzeitigen Gebäude des Fluchtpunktes eine Kinderkriseneinrichtung einzurichten. Obwohl die Clearingstelle Potsdam auch durch den Landkreis Potsdam-Mittelmark genutzt wird, gibt es freie Kapazitäten.

Auf Nachfrage erklärt Frau Reisenweber, dass die Beschulung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer derzeit gut geregelt ist und funktioniert.

Frau Dr. Müller fragt, wie viele unbegleitete minderjährige Ausländer in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind und warum.

Frau Reisenweber erklärt, dass es sich bei den in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Jugendlichen nicht um Minderjährige handelt. Zur Zahl der in Gemeinschaftsunterkünften lebenden unbegleiteten jungen Volljährigen kann sie spontan keine Aussage treffen. Die Gründe für die Unterbringung der Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften liegen darin begründet, dass diese sich für die Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft entscheiden, da dort die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel höher sind, als bei Einrichtungen für Hilfen nach § 41 SGB VIII.

Herr Schubert gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über den aktuellen Stand der **Kita-Ausbauplanung** (siehe Anlage).

Er erinnert an den Bericht von Frau Spiegel (Agentur für Arbeit) vor der Sommerpause zur Fachkräftesituation. Es gibt derzeit 289 Kita-Plätze, die aufgrund von Personalmangel nicht besetzt werden können. Das ist für die Zukunft eine große Herausforderung und wird in der kommenden Woche auch dem Land gegenüber kommuniziert.

Frau Frehse-Sevran bittet, hier nicht den stationären Bereich zu vergessen.

Auf Nachfrage, welche Fahrtwege zumutbar sind, erklärt Herr Tölke, dass es dazu unterschiedliche Aussagen gibt. Die Regel ist ein Weg von ca. 30 Minuten.

Frau Elsaßer ergänzt, dass dabei jeweils auch die familiäre Situation und das Wohl des Kindes betrachtet werden müsse.

Herr Liebe regt an, dass sich die Kita-Träger in der AG nach § 78 SGB VIII dazu austauschen.

Frau Kahl teilt mit, dass dieses Thema auch im Kita-Elternbeirat diskutiert wurde. Auch die unterschiedliche Bezahlung bei den einzelnen Trägern ist ein Thema, das beleuchtet werden muss.

Herr Kolsenik schlägt vor, die Beratung mit dem Land abzuwarten und dann erneut im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

Herr Schubert macht deutlich, dass dieses Thema am 13.10.2017 im Kita-Gipfel besprochen werden sollte.

Herr Tölke weist darauf hin, dass die fortlaufend angespannte Kita-Platz-Situation, zahlreiche gesetzliche Änderungen, sozial- und bildungspolitische Anforderungen an das System Kindertagesbetreuung und die wachsende politische Einflussnahme eine **Optimierung Betreuungsservice Kita-Tipp** erforderlich machen.

Dazu sind die Aufstockung des Personals sowie die konzeptionelle Überarbeitung notwendig.

Herr Tölke informiert, dass der Antrag zum **Kiez Kita** Programm fristwahrend am 05.09.2017 beim MBSJ eingereicht wurde. Die erste Infoveranstaltung beim MBSJ dazu findet am 08.09.2017 statt. Das Konzept (inkl. Auswahlkriterien) wird durch einen Dritten in Abstimmung mit den freien Trägern erarbeitet und dem MBSJ nachgereicht. 4 bis zu 8 Einrichtungen (0,5 VBE mindestens pro Standort)

können mit diesem Programm versorgt werden.

Herr Tölke teilt mit, dass ein Gutachter zur Ermittlung der **ortsüblichen Miete** gefunden und ein Leistungsvertrag geschlossen wurde. Die Leistungserbringung erfolgt im Zeitraum vom 01.10. – 15.12.2017.

Bezug nehmend auf die **Wirkungsanalyse Elternbeitragsatzung** informiert Herr Tölke, dass bisher keiner der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots nachgekommen ist. In Folge dessen kann die Wirkungsanalyse nicht wie mit der Drucksache 15/SVV/0374 beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung im September 2017 vorgelegt werden. Das Jugendamt ist jedoch konkret an zwei Institute herangetreten, ob diese den Auftrag übernehmen würden. Eine entsprechende Mitteilungsvorlage wird vorbereitet.

Herr Tölke informiert, dass zur **Normenkontrollklage** bisher keine Informationen vorliegen.

Herr Schubert teilt mit, dass das **Rechtsgutachten Kita** jetzt vorliegt und nun ausgewertet wird. In der Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2017 werden Wege vorgeschlagen, wie man mit den Ergebnissen umgehen kann. Er spricht den Vorwurf an, das Gutachten zurückgehalten zu haben und betont, dass dies nicht der Fall sei.

Herr Ströber fragt, ob zur Normenkontrollklage berichtet wird, wenn etwas vorliegt. Zur Wirkungsanalyse Elternbeitragsatzung sollte in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses über den Sachstand berichtet werden.

Frau Dr. Müller bemängelt, dass zum Kita-Gutachten immer nur auf Nachfrage geantwortet wurde. Sie hätte sich hier mehr Initiative von Seiten der Verwaltung gewünscht. Frau Dr. Müller fragt, was mit dem Gutachten eigentlich beauftragt wurde. Dies ist den Anwesenden nicht bekannt.

Herr Schubert erklärt, dass der Text des Auftrages am 22.02.2017 im Hauptausschuss vorgelegt wurde.

Frau Dr. Müller bittet, den Auftragstext auf kurzem Weg zu versenden.

Herr Schubert sagt zu, im nächsten Jugendhilfeausschuss zu berichten.

Herr Wollenberg bittet, dann auch den/die Gutachter einzuladen, um Erläuterungen zu geben.

zu 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe informiert über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 29.08.2017. Er berichtet, dass das Positionspapier der Jugendförderung thematisiert wurde. Viele Punkte des Papiers können als Grundlage für den Jugendhilfeplan genutzt werden. Es wurde die Idee entwickelt, dass die Fakten der AG Jugendförderung und die Vorschläge der Verwaltung unter externer Begleitung in der Klausur des Jugendhilfeausschusses beraten werden.

Es wurde der Antrag der Björn-Schulz-Stiftung auf Anerkennung nach § 75 SGB VIII besprochen. Die Beantragung ruht, bis eine neue Satzung vorgelegt wird. Des Weiteren gab es eine Abstimmung zum Antrag des Universitätssportvereins (USV) auf Anerkennung nach § 75 SGB VIII. Die Anerkennung des USV wird empfohlen. Die entsprechende Mitteilungsvorlage wird durch die Verwaltung erarbeitet, kann dem Jugendhilfeausschuss aber frühestens zur Oktobersitzung 2017 vorgelegt werden.

Der Unterausschuss hat die Sozialraumevaluation thematisiert. Hier führt Frau Dr. Beer derzeit Interviews mit Schlüsselpersonen in der Jugendhilfe durch. Auf Nachfrage, wann die Sozialraumanalyse fertig sein soll, erklärt Herr Liebe, dass das Verfahren wie geplant laufen soll.

Herr Kolesnyk teilt mit, dass die **AG Kita** das Protokoll der letzten Beratung an Frau Spyra geschickt hat. Das Protokoll wird als Anlage zum Tagesordnungspunkt über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Frau Altenburg berichtet, dass die **AG Jugendförderung** am 19.07.2017 getagt hat. Sie informiert, dass das Positionspapier zu den Herausforderungen der Jugendförderung in Potsdam intensiv beraten wurde. Das Positionspapier sollte allen JHA-Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

zu 7 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates

Die **Jugendvertretung** hat keine aktuellen Informationen.

Frau Kahl teilt mit, dass sie den Vorstandsvorsitz des **Kita-Elternbeirates** mit Beginn des neuen Kita-Jahres abgegeben. Vorstandsvorsitzender ist jetzt Herr Andreas Meier. Frau Kahl bleibt weiterhin die Vertreterin des Kita-Elternbeirates im Jugendhilfeausschuss.

Frau Kahl berichtet, dass zwei Vorstandsvertreter ausgeschieden sind und nun neue Vertreter gewählt werden.

Des Weiteren informiert sie, dass dem Antrag auf Akteneinsicht im Jugendamt jetzt zugestimmt wurde.

Der Kita-Elternbeirat vertritt die Ansicht, dass die Höhe der Elternbeiträge nicht gesetzeskonform ist und möchte dies in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses thematisieren. Die Berechnung der Höchstbeträge soll thematisiert und erläutert werden.

Herr Liebe fragt, was die Elternvertretung favorisiert, wenn die Eltern nicht zahlen können. Wird hier die Senkung oder Freistellung gefordert.

Frau Kahl macht deutlich, dass die Frage der Berechnung geklärt werden soll.

Herr Wollenberg macht deutlich, dass, wenn die Satzung nicht rechtmäßig zustande gekommen ist, darüber nachgedacht werden muss, wie damit umgegangen werden soll.

Herr Schubert sagt zu, im Jugendhilfeausschuss zu informieren, wenn das Gespräch mit dem Elternbeirat stattgefunden hat.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Erstellung einer integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2019 bis 2025

Vorlage: 17/SVV/0530

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Agenda 2030 - Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0592

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen Statusbericht handelt. Sie fragt nach einer Problemanalyse zu den einzelnen Problemlagen. Wie soll dies weiter bearbeitet werden? Ist eine Problemauflistung geplant?

Herr Bindheim erklärt, dass ein zweijähriger Bericht angedacht ist. Er verweist aber auch auf die einzelnen Fachplanungen, in denen versucht wird, die Agenda-Planungen umzusetzen.

Herr Liebe macht deutlich, dass überlegt werden muss, was prioritär bearbeitet werden soll.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Bericht über die bewilligten Projekte im Rahmen des PLuS-Programms

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) verweist eingangs auf die als Tischvorlage ausgereichte Auflistung über die bewilligten Projekte im Rahmen des PLuS-Programms.

Sie informiert, dass 25 Schulen (davon 5 freie Schulen) insgesamt 52 Projektanträge mit 12 freien Trägern der Jugendhilfe der LH Potsdam gestellt haben. Mit allen antragstellenden Schulen konnten Vereinbarungen abgeschlossen werden und liegen der Verwaltung nunmehr vollständig vor.

In der Region 1 werden somit 19 Projekte an 9 Schulen angeboten, in der Region 2 werden 14 Projekte an 9 Schulen und in der Region 3 werden 19 Projekte an 7 Schulen vorgehalten.

50 Projekte dienen der Persönlichkeitsentwicklung/dem Erwerb von Sozialkompetenzen, 9 Projekte der Demokratieerziehung und 23 Projekte der Beteiligung und Mitwirkung von Schüler_innen/ Lehrer_innen und Eltern. Bereits 28 Projekte sind mit Schuljahresbeginn angelaufen.

Die Sachbearbeiterstelle für das „PLuS-Programm“ wurde zum 01.09.2017 besetzt. Die Kollegin hat Ihre Arbeit aufgenommen.

Die Lenkungsgruppe wird den Sachstand zum Förderprogramm in ihrer Sitzung am 21.09.2017 vertiefend und im Rahmen der weiteren Umsetzung des Gesamtkonzeptes Schule – Jugendhilfe behandeln.

Die Verwaltung steht mit der AG Jugendförderung bezüglich der Fortschreibung der „Förderrichtlinie PLS“ im Gespräch.

Herr Kulke bedankt sich für die Übersicht. Er fragt, ob für das nächste Jahr aufgrund der Schwierigkeiten, die bei der Antragstellung aufgetreten sind, Veränderungen vorgenommen.

Frau Reisenweber erklärt, dass die Hinweise aufgenommen wurden und es bereits Überlegungen gibt, Veränderungen aufzunehmen. Es wird einen permanenten Austausch mit den Schulen geben.

Herr Tölke ergänzt, dass geprüft wird ob langfristig zwei Beantragungstermine eingeführt werden können. Es muss auch überlegt werden, wie die Themenblöcke aktualisiert werden können.

Herr Otto regt an, einen Flyer zu entwickeln, um den Schulen einen Überblick zu geben.

Herr Ströber bittet die Regionalarbeitskreise, sich zu beteiligen und einzubringen.

Frau Altenburg betont, dass beide Systeme auf Augenhöhe zusammenarbeiten sollen. Bei einigen Projekten läuft das bereits gut, bei anderen gibt es noch Probleme.

Herr Heidepriem ist über die vielfältigen Angebote überrascht. Der Aufwand der Antragstellung ist aus seiner Sicht relativ überschaubar. Er betont, dass er an der Auswertung sehr interessiert sei. Besonders positive Projekte sollten kommuniziert werden.

Auf Nachfrage bestätigt Frau Reisenweber, dass kein Projektantrag abgelehnt wurde und auch der finanzielle Rahmen voll ausgeschöpft wird.

zu 9 Sonstiges

Herr Kolesnyk teilt mit, dass die Verwaltung eine Fachtag Psychiatrie am 16.01.2018 durchführt. Save the date wird allen zugeschickt.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass sowohl Herr Liebe als Vorsitzender des Unterausschusses als auch er selbst nicht an der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses werden teilnehmen können. Die Sitzung wird der stellvertretende Vorsitzende Herr Marquardt leiten.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 12. Oktober 2017, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin